

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. WP - 13. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. September 2010, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Marion Herdan (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Detlef Buder (SPD)

i. V. von Martin Habersaat

Dr. Kai Dolgner (SPD)

i. V. von Hans Müller

Dr. Henning Höppner (SPD)

Cornelia Conrad (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ellen Streitbürger (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Tätigkeitsbericht 2010 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein	4
Drucksache 17/210	
2. Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein (Kulturwirtschaftsbericht)	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/434	
3. Entwurf eines Gesetzes für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein (BibIG) und zur Änderung des Landespressegesetzes	6
Gesetzesentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 17/683	
4. Zusammenarbeit mit Hamburg bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung	7
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/595	
5. Bericht des Bildungsministeriums über den Stand der Verhandlungen zum Gastschulabkommen mit Hamburg	9
6. Konsequenzen aus der Beteiligung von Lehrkräften an dem Streik im Juni 2010	10
7. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Herold, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht 2010 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

Drucksache 17/210

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle anderen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Frau Hansen, stellvertretende Landesbeauftragte für den Datenschutz, führt in Kapitel 4.7, Datenschutz an Schulen und Hochschulen, ein.

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2010 des ULD abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein
(Kulturwirtschaftsbericht)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/434

(überwiesen am 17. Juni 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 17/1050, 17/1051, 17/1052, 17/1148

Abg. Spoorendonk verdeutlicht ihr Anliegen, Instrumente zur Förderung der Kulturwirtschaft optimal einzusetzen.

Der Ausschuss nimmt den Kulturwirtschaftsbericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein (BibIG)
und zur Änderung des Landespressegesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/683

(überwiesen am 8. Juli 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Innen- und
Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 17/1107

Auf Vorschlag von Abg. Spoorendonk beschließt der Bildungsausschuss, schriftliche Stellungnahmen zum Gesetzentwurf einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 10. September 2010 Anzuhörende gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer zu benennen. Bei Bedarf soll zu einem späteren Zeitpunkt eine mündliche Anhörung folgen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Zusammenarbeit mit Hamburg bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/595

(überwiesen am 9. Juli 2010)

Abg. Dr. Höppner möchte wissen, inwieweit es Möglichkeiten gebe, dass Inhaber des Ersten Staatsexamens, Referendare und ausgebildete Lehrkräfte zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und Vertretung im jeweils anderen Bundesland eingesetzt würden, und ob es in Sachen Lehrernachwuchs gemeinsame Planungsgrundlagen mit Hamburg gebe.

M Dr. Klug stellt unter Hinweis auf die Plenardebatte klar, selbstverständlich würden auch in Hamburg oder in anderen Bundesländern ausgebildete Lehrkräfte in den schleswig-holsteinischen Schuldienst aufgenommen und umgekehrt. Es gebe unter den Bundesländern auf dem knapper werdenden Lehrerarbeitsmarkt allerdings ein Konkurrenzverhältnis, gerade in den Mangelfächern.

RL Stenzel legt ergänzend dar, hinsichtlich der Einstellung von Lehrkräften aus anderen Bundesländern gebe es weder Barrieren noch Nachteile für die Betroffenen. Jedes Bundesland mache seine eigenen Personalplanungen. Gemeinsame Planungen wären von den Abläufen her nicht einfach und auch nicht ohne Weiteres sinnvoll und könnten den Engpass in Mangelfächern auch nicht beheben.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Höppner teilt St Zirkmann mit, man wolle zum 1. Februar 2011 - zumindest für die Schularten der Sekundarstufe I - eine Online-Stellenbörse im Internet für offene Lehrerstellen einrichten, wie sie in Hamburg bereits praktiziert werde und durch die man sich Verbesserungen verspreche, auch um Engpässen in bestimmten Fächern und Schularten entgegenwirken zu können.

Abg. Strehlau mahnt eine bessere Kommunikation zwischen den Bundesländern in Sachen Lehrernachwuchs an, um Mangelsituationen (zum Beispiel im Fach Spanisch) durch frühzeitiges Gegensteuern oder entsprechende Anreize bereits in der ersten Ausbildungsphase zu vermeiden.

M Dr. Klug entgegnet, regelmäßige Treffen oder eine gemeinsame Planung zu dieser Thematik gebe es nicht. Dies sei mit Blick auf die Freiheit der Studien- beziehungsweise Berufswahl und die Konkurrenzsituation auf dem Lehrerarbeitsmarkt weder machbar noch sinnvoll. Im Übrigen habe Hamburg angekündigt, vom nächsten Jahr an ab Besoldungsgruppe A13 das Weihnachtsgeld zu streichen. Dann würden in Hamburg nur noch die Grundschullehrkräfte um eine Stufe besser besoldet.

Abg. Spoorendonk äußert sich kritisch gegenüber dem SPD-Antrag und macht auf die „ungleichen“ Wettbewerbsvoraussetzungen aufmerksam, wenn Lehrkräfte in Hamburg besser bezahlt würden.

Abg. Dr. Höppner hält es für geboten, die Bildungsangebote und Strukturen der Lehrerversorgung in der Metropolregion Hamburg gemeinsam zu überplanen.

Abg. Franzen kommt zu dem Schluss, dass eine Annahme des SPD-Antrags angesichts der Wettbewerbssituation auf dem Lehrerarbeitsmarkt für Schleswig-Holstein eher Nachteile bringen werde. Gemeinsam mit Abg. Conrad stellt sie fest, dass Bewerbung und Einstellung von Lehrkräften aus anderen Bundesländern ohne Mobilitätshemmnisse gewährleistet seien und ausschließlich nach Eignung, Leistung und Bedarf entschieden werde. Die Mangelfächerproblematik gelte bundesweit und könne nicht durch eine erweiterte Zusammenarbeit gelöst werden.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von der LINKEN und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den SPD-Antrag Drucksache 17/595 abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über den Stand der Verhandlungen zum Gastschulabkommen mit Hamburg

St Zirkmann berichtet, die Verhandlungen über ein neues Gastschulabkommen dauerten an und würden auf Staatssekretärebene fortgesetzt, wenn die von Hamburg zugesagten Zahlen zu den in Schleswig-Holstein beschulten schulpflichtigen Hamburger Heimkindern vorlägen und durchgerechnet worden seien. Das Land habe aus Datenschutzgründen keine Möglichkeit, selbst oder mithilfe der Kreise an diese Zahlen heranzukommen. Die nähere rechtliche Begründung werde er dem Ausschuss schriftlich mitteilen. Die Gespräche mit Hamburg verliefen in konstruktiver Atmosphäre; man nähere sich in einigen Punkten an; über konkrete Geldbeträge sei noch nicht verhandelt worden. Das neue Gastschulabkommen solle zum 1. Januar 2011 in Kraft treten.

Abg. Dr. Höppner weist darauf hin, dass die Wohnsitzgemeinden von der Beschulung von Schülerinnen und Schülern in öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Hamburg einen finanziellen Vorteil hätten, und gibt zu überlegen, für solche Fälle im Sinne von § 113 des Schulgesetzes einen Erstattungsanspruch des Landes einzuführen.

St Zirkmann äußert, über eine Regelung zur Erstattung des Schulträgerkostenbeitrags für den grenzüberschreitenden Schulbesuch von allgemeinbildenden staatlichen Schulen denke man nach. Auf Fragen von Abg. Franzen weist er darauf hin, dass der Zugang zu allgemeinbildenden Privatschulen nach dem Interimsabkommen nicht beschränkt werden solle. Das Bildungsministerium könne Informationen nicht bestätigen, dass schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler aus Hamburger Schulen gegen den Willen der Eltern abgemeldet worden seien.

Abg. Strehlau setzt sich für eine möglichst freie Schulwahl in der Metropolregion unabhängig von Landesgrenzen ein.

M Dr. Klug macht darauf aufmerksam, das wesentliche Problem sei, dass Hamburg Zahlungen für diejenigen Schülerinnen und Schüler erwarte, die es trotz der 2004 für den Besuch von allgemeinbildenden Schulen festgelegten Beschränkung auf Härtefälle großzügig aufgenommen habe. Es müsse beim Grundsatz der Beschulung im eigenen Land bleiben, auch im Sinne einer vernünftigen Schulentwicklungsplanung der betroffenen Schulträger.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Konsequenzen aus der Beteiligung von Lehrkräften an dem Streik im Juni 2010

Antrag der Fraktion der SPD

Auf Fragen von Abg. Dr. Höppner erwidert M Dr. Klug, gemäß § 17 des Landesdisziplinargesetzes habe der Dienstherr ein Disziplinarverfahren einzuleiten, sobald zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht eines Dienstvergehens vorlägen, und der Streik eines Beamten sei ein Dienstvergehen. Nach Ansicht des Standardkommentars zum Disziplinarrecht komme bei einer Streikbeteiligung von Beamtinnen und Beamten auch die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis in Betracht. Die Verhängung eines Verweises sei die mildeste Maßnahme.

RL Kaim legt ergänzend dar, der Streik eines Beamten sei rechtswidrig und vom Dienstherrn zu ahnden. Das Einbehalten der Besoldung sei keine Disziplinarmaßnahme, sondern die besoldungsrechtliche Folge nicht geleisteter Arbeit. Welche Disziplinarmaßnahmen im Einzelnen ergriffen würden, hänge vom Ausgang der circa 1.950 Disziplinarverfahren ab, die man gegen die Lehrkräfte inklusive Funktionsträger aufgrund der Meldungen aus den Schulen eingeleitet habe.

Auf eine weitere Frage von Abg. Dr. Höppner stellt M Dr. Klug dar, eine Entfernung der betroffenen Beamtinnen und Beamten aus dem Beamtenverhältnis komme nicht infrage. Natürlich spiele es für die Bewertung eine Rolle, ob der Betroffene Inhaber einer Führungsposition sei.

RL Kaim weist auf die rechtliche Implikation zu § 5 des Landesbeamtengesetzes - Beamtinnen und Beamte auf Probe mit leitender Funktion - hin.

Abg. Erdmann fragt nach der Situation an den betroffenen Schulen, insbesondere in Elmshorn und Flensburg, und bittet das Bildungsministerium, zu den Konsequenzen aus der Beteiligung von Lehrkräften an dem Streik im Juni 2010 noch einmal schriftlich Stellung zu nehmen (s. Umdruck 17/1170).

M Dr. Klug äußert, die kommissarische Schulleitung übe die Leitungsfunktion aus.

Abg. Conrad macht darauf aufmerksam, dass auch die GEW Funktionsträger in Probezeit beziehungsweise Referendare ausdrücklich dazu aufgefordert habe, nicht an einer Arbeitsniederlegung teilzunehmen, weil sie sich der Konsequenzen bewusst sei.

Auf Fragen aus dem Ausschuss äußert RL Kaim, in den wegen unerlaubten Fernbleibens vom Dienst eröffneten Disziplinarverfahren gebe es hinsichtlich der Maßnahmen ein Ermessen; der konkrete Sachverhalt müsse abgewogen werden. An die Funktionsträger und ihre Einstellung zur Führungsfunktion habe der Dienstherr bestimmte Erwartungen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Vorsitzende bittet die hochschulpolitischen Sprecher, sich auf einen Sitzungstermin für das Hochschulpolitische Dialogforum zu verständigen.

- b) Auf eine Frage von Abg. Streitbürger teilt M Dr. Klug unter Hinweis auf die entsprechende Pressemitteilung des Bildungsministeriums mit, die Zahl der Bewerber für einen Referendariatsplatz an schleswig-holsteinischen Gymnasien übersteige die Zahl der zur Verfügung stehenden Referendarstellen.

- c) Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet darum, den Schulbericht 2009 des Landesrechnungshofs und das Thema Medizinstudienplätze, Umdrucke 17/769 und 17/1028, auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 23. September 2010 zu setzen.

Die Vorsitzende, Abg. Herold, schließt die Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Susanne Herold

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer